



Österreich



Endlich tut sich was bei der Bildung - aber was?

Der Wunsch, dass sich im Bildungswesen endlich was bewegen soll, ist stark. Und verständlich. Doch das Bildungsvolksbegehren wird die Probleme nicht lösen. Es wurde vom Industriellen Androsch initiiert, von der Industriellenvereinigung der Unterrichtsmi-

SEITE 2

Betrieb und Gewerkschaft



Prügelknabe Öffentlicher Dienst

Gerne wird das Bild von faulen und Überbezahlten "Beamten" wiedergekaut. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus, wer hat ein Interesse an der Stimmungsmache? Und wer sind die wahren Privilegienritter?

SEITE 3

Schwerpunkt



Bleiberecht gemeinsam erkämpfen

Die Politik gegen AsylwerberInnen hat sich erneut verschärft. Es gibt aber auch eine Reihe erfolgreicher Kampagnen gegen Abschiebungen. Eine Bilanz der Methoden.

SEITEN 4/5

Internationales



Revolutionen im Nahen Osten geben Hoffnung

Weder imperialistische Kriege noch Diplomatie bringen Demokratie im Nahen Osten. Es sind die betroffenen Menschen selbst, die ihr Schicksal in die Hand nehmen. Nun geht es darum zu verhindern, dass die Revolution "gestohlen" wird.

SEITE 7

Die ruhigen Zeiten sind vorbei!

Jetzt ist Zeit für Widerstand!



von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Anno 1911 gingen Frauen anlässlich des 1. Internationalen Frauentags auf die Straße. 2011 sind Frauen zentral an den Bewegungen in der arabischen Welt beteiligt. Heute wie damals geht es nicht nur um demokratische Rechte, sondern auch um höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Heute wie damals lohnt es sich zu kämpfen!

Kapitalismus: Armut, Unterdrückung und Ausbeutung

Der Kapitalismus hat Frauen (und Männern) nichts als Armut, Unterdrückung und Ausbeutung zu bieten. In Österreich, dem achtreichsten Land der Welt:

- ▶ verdienen Frauen durchschnittlich 41% weniger als Männer (Quelle: AK)
- ▶ lebt eine halbe Million Frauen unter der Armutsgrenze, 33% aller Alleinerzieherinnen in akuter Armut (Quelle: Armutskonferenz)
- ▶ erledigen Frauen 80% der unbezahlten Arbeit und arbeiten 64 Stunden pro Woche (bezahlt und unbezahlt). Frauen investieren im Durchschnitt 18,3 Stunden pro Woche in Hausarbeit (Quelle: Mikrozensus 2002)
- ▶ haben nur 15,8% aller Unter-3-Jährigen in Österreich einen Krippenplatz (Quelle: AK Wien)

Und was macht die Regierung? Sie gießt Krokodilstränen über die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen – und beschließt eine Gesetzesnovelle, die Arbeitnehmerinnen 360,- Euro Strafe aufbrummt, wenn sie sich offiziell über ihr Gehalt beschwerten! Aber die Regierung hat noch mehr Dreck am Stecken:

Sozialabbau trifft Frauen doppelt

Vor allem wenn bei Gesundheit und Sozialem eingespart wird, wird Arbeit auf sie abgewälzt die nun unbezahlt erledigt werden soll. Gleichzeitig wächst in Krisenzeiten die finanzielle Abhängigkeit vom Mann. Und das Sparpakets schlägt schon zu:

- ▶ Der Krankenanstaltenverbund will 2011 3-4% beim Personal einsparen. Turnusarztstellen sollen gestrichen werden. Qualifiziertes durch weniger qualifiziertes (und billigeres) Personal ersetzt werden. Im AKH sollen 180 Stellen gestrichen werden.
- ▶ Brustkrebsvorsorgeuntersuchungen sollen statt wie bisher in 250 Radiologiezentren nur noch in 20 Zentren möglich sein. Die Ultraschallkontrolle soll gestrichen werden. Die Ärztekammer rechnet in Folge mit 600 Brustkrebstoten mehr pro Jahr.
- ▶ Sozial Global, ein von den Wiener SPÖ-Frauen gegründeter Verein kürzt bei Frauenlöhnen: Der Verein will knapp 400 MitarbeiterInnen zu Lohnverzicht von bis zu 3.000,-/Jahr zwingen. Dabei liegt das durchschnittliche Nettomonatsgehalt ohnehin nur bei 1.300 Euro.

Weitere Angriffe drohen!

Und es drohen neue Angriffe: Das Sparpaket basiert auf positiven Konjunkturprognosen. Aber laut WIFO schwächt der „Aufschwung“ seit Ende 2010 deutlich. Die Exporte wachsen kaum, die Inlandsnachfrage ist bestenfalls stabil. Die Frage ist nicht, ob ein neuer Einbruch kommt, sondern nur wann. Schon jetzt fordern Unternehmen noch härtere Angriffe:

- ▶ Wirtschaftskammerpräsident Leitl rügt den „Reform-Stillstand“. Die Vorschläge der Wirtschaft für Verwaltung und Bildung bedeuten längere Arbeitszeiten, sinkende Fixlöhne und erhöhten Druck. Sie treffen Frauen besonders. Nicht nur weil viele Frauen in diesem Bereich arbeiten, sondern auch, weil die Einkommensschere im öffentlichen Dienst kleiner ist als in der Privatwirtschaft.
- ▶ Seniorenbund und die neoliberale „Junge Industrie“ fordern ein Ende der Hacklerregelung sowie neue Angriffe auf die Pensionen: „Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen steht zweifellos die Erhöhung der Lebensarbeitszeit.“ (Andreas Khol) Gleichzeitig steigen Lebensmittelpreise und die Kosten für Heizen und Benzin.

Wut steigt – uns reicht's!

In der arabischen Welt waren Preissteigerungen bei Lebensmitteln ein Auslöser für die Kämpfe seit Anfang 2011. Natürlich ist die Situation bei uns eine andere. Aber auch bei uns steigt die Wut: Korrupte PolitikerInnen und ihre FreundInnen streifen ungestraft Millionen ein (Stichwort Grasser & Co.). Keiner Berufsgruppe wird so wenig Vertrauen entgegengebracht wie PolitikerInnen (Quelle: Gallup)! Gleichzeitig kämpfen ArbeitnehmerInnen damit, sich und ihre Familie über Wasser zu halten. Um dann von Hochglanzgazetten gesagt zu kriegen, dass wir nicht schön genug sind. Ganz ehrlich: Uns reicht's! Die Herrschenden auf der ganzen Welt haben zu Recht Angst, dass der Sturz von Mubarak die berühmte Büchse der Pandora geöffnet hat. Es waren Streiks und Generalstreiks, die den Diktatoren den entscheidenden Schlag versetzt haben. Auch bei uns wird es nicht ohne Streiks gehen. Konfliktstoff bieten u.a. die Lohnrunden: Bei der Wiener Rettung gibt es eine Streikdrohung, im Bankensektor sind Betriebsversammlungen angekündigt.

Frauen sind ein wichtiger Teil der ArbeiterInnenklasse – darum ist es auch Aufgabe des ÖGB nicht nur zu reden und zu appellieren, sondern seinen Kurs zu ändern und endlich die elementaren Rechte von ArbeitnehmerInnen entschlossen und kämpferisch zu verteidigen.

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus – Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung!

Der Internationale Frauentag geht auf einen Streik von US-Textilarbeiterinnen 1909 zurück. Auf Initiative der Sozialistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker wurde auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27.8.1910 die Einführung eines internationalen Frauentages beschlossen. Für Clara Zetkin waren Frauenunterdrückung und Klassengesellschaft untrennbar verbunden. Es kann keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus geben – und keinen Sozialismus ohne Frauenbefreiung.



CWI-Statement zum Internationalen Frauentag 28 Seiten, DIN A5, Bestellen auf www.slp.at



Der Standpunkt

Von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Starke linke Alternative im irischen Parlament

Die irischen Parlamentswahlen am 25. Februar waren eine Ohrfeige für die bisherigen Regierungsparteien (die Grünen flogen sogar aus dem Parlament). Sie wurden abgestraft für ein brutales Kürzungspaket im Auftrag von EU und IWF. Fianna Fail, die traditionelle Stütze des irischen Kapitals, stürzte ab: Von 77 Abgeordneten 2007 blieben ihr noch 20.

Am herausragendsten ist das Ergebnis der ULA, der United Left Alliance (Vereinigtes Linksbündnis). Mit fünf Abgeordneten zieht sie ins Parlament ein. Besonders Joe Higgins (der wieder einzog und vom EU-Parlament ins irische Parlament wechselt) und Clare Daly von der Socialist Party (der irischen Schwesterpartei der SLP) werden den VertreterInnen der etablierten Parteien und ihren Versuchen, die Kosten der Krise auf dem Rücken der ArbeiterInnenklasse abzuwälzen, das Leben schwer machen.

Die ULA war erst im Herbst 2010 auf Initiative der SP gegründet worden und ist ein Zusammenschluss linker Gruppen. Knapp 27.000 Erststimmen entfielen auf die neun KandidatInnen der SP auf der ULA-Liste.

Die ULA stieß im Wahlkampf auf große Sympathie und Interesse. Die SP hat ja schon einige Wahlen "geschlagen", doch diese war, so ein Wahlhelfer, "wohl der politischste". Über 1.500 Menschen kamen zu ihren Auftaktveranstaltungen. Die Stimmen für die ULA sind keine reinen "Proteststimmen" sondern spiegeln die Suche nach echten politischen Alternativen wieder. Das EU-IWF-Paket wird als grausame Tatsache wahrgenommen und die Frage gestellt - wie kann eine Alternative aussehen. Der Wahlerfolg ist ein wichtiger Schritt für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Doch die ULA ist keineswegs homogen. Neben der SP und VertreterInnen eher kommunaler Gruppen ist auch ein Vertreter der SWP (in Österreich: Linkswende) ins Parlament eingezogen. Er hatte im Vorfeld erklärt, seine zweite Präferenzstimme der Labour Party zu geben, also jener Partei, die die Angriffe auf die irische ArbeiterInnenklasse im Wesentlichen mitträgt.

Trotzdem war die ULA der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Bisher hat die irische ArbeiterInnenklasse noch nicht massiv gegen die Angriffe protestiert. In den kommenden Kämpfen gibt es aber nun gute Voraussetzungen für den Aufbau einer starken, kämpferischen Partei für ArbeiterInnen und Jugendlichen die mit einem sozialistischen Programm eine echte Alternative zu Sparlogik und Kapitalismus hat.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Das Bildungsvolksbegehren geht in die nächste Runde

Endlich tut sich was bei der Bildung - aber was?

von Sonja Grusch, SLP-Wien

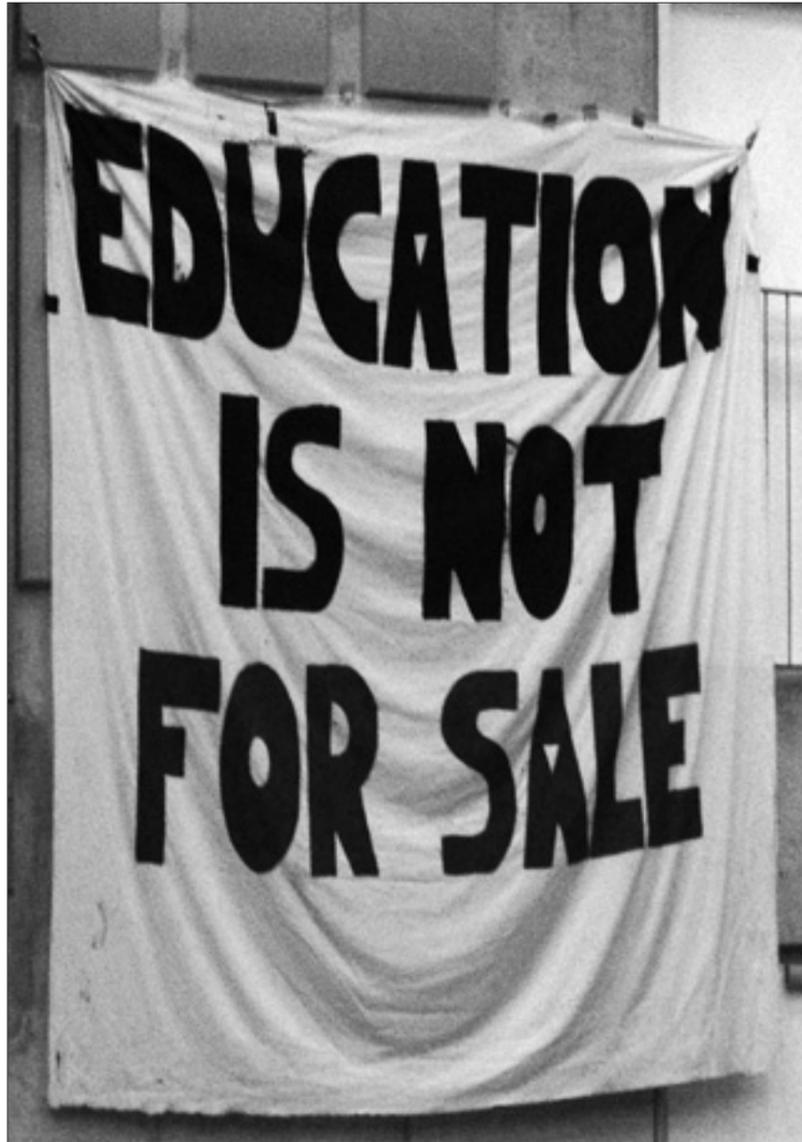
Der Wunsch, dass sich im Bildungswesen endlich was bewegen soll, ist stark. Und verständlich. Doch das Bildungsvolksbegehren wird die Probleme nicht lösen. Es wurde vom Industriellen Androsch initiiert. Es wird von der Industriellenvereinigung und z.B. den bekannt neoliberalen „Jungen Liberalen“ untersützt. Und auch Unterrichtsministerin Schmied will es unterschreiben. Das macht misstrauisch.

Summe an Widersprüchen

Was will es nun? JedeR findet etwas darin, das gefällt, aber auch vieles, das nicht gefällt. Der Text versucht sehr unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen und wird dabei in sich widersprüchlich. So wird ein „fares, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht“ gefordert. So weit, so gut, wobei der Begriff „effizient“ offen für allerlei Interpretation ist. Effizient in der Produktion von künftigen Arbeitskräften? Effizient weil billig? Effizienz ist ein Lieblingswort der Wirtschaft... Doch der Widerspruch geht weiter: „eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht“. Das Wesen einer echten gemeinsamen Schule ist es gerade nicht, die „Leistungsdifferenzierung“ in den Vordergrund zu stellen, sondern das Gemeinsame, bei dem SchülerInnen mit unterschiedlichen Fähigkeiten voneinander lernen.

Der Teufel steckt im Detail

Es finden sich viele Formulierungen im Text, die auf breite Unterstützung stoßen. „Flächendeckendes Angebot an elementarpädagogischen Einrichtungen“ - Super! „Bundesweite Ganztagsangebote“ - Endlich! „Selbstständiges, kreatives Lernen“ - Würde auch Zeit! „Abschaffen von Sitzbleiben und ein Ende der Nachhilfe“ - Großartig! „Aufwertung des Lehrberufes“ - Ja! „Erhöhung der öffentlichen Finanzierung



(der Universitäten) auf 2% der Wirtschaftsleistung“ - Her mit der Marie! „Ein weltoffenes Bildungssystem, das Internationalität und kulturelle Vielfalt als Bereicherung ansieht“ - Dafür!

Diese und andere Formulierungen täuschen. Diese Punkte sind allgemein gehalten. Wie so oft, steckt der Teufel im Detail. Je konkreter die Forderungen, desto klarer ist, welche Interessen sich durchgesetzt haben: Es geht darum, Leistungsdenken bei Kindern und Jugendlichen („Leistungsorientierte

Differenzierung“) sowie LehrerInnen („leistungsbezogenes Dienst- und Besoldungsrecht“) zu stärken. Und um die künftigen Arbeitskräfte („Bildung bestimmt den wirtschaftlichen Wohlstand einer Gesellschaft“, „Öffnung der Bildungseinrichtungen zur Wirtschaft“, „Anreize für technische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer“). Den SchülerInnen wird nur eine passive Rolle zugeteilt. Demokratie ist kein Thema. Aber vor allem fehlt die Antwort auf die zentrale Frage:

Woher kommt das Geld?

Androsch und seine FreundInnen in der Wirtschaft sind genau jene, die seit Jahrzehnten neoliberale Wirtschaftskonzepte predigen. Die immer weniger Steuern zahlen und den Staat „verschlanken“ wollen (also bei Gesundheit, Pensionen etc. kürzen wollen). Sie horten die Milliarden, die im Bildungswesen fehlen. Wenn aber die Wirtschaft nicht mehr fürs Bildungswesen zahlen soll - wer bleibt über? Angedeutet wird ein noch stärkerer Druck auf LehrerInnen („finanzielle Leistungsanreize“) sowie Studiengebühren bzw. Studienkredite („ein faires und ausgewogenes Modell der Studienplatzfinanzierung“).

Wie die Bildungsmisere überwinden?

Viele werden das Bildungsvolksbegehren unterschreiben, weil sie hoffen, dass sich endlich was tut. Doch Verbesserungen sind nur mit wesentlich mehr Geld und einer Demokratisierung möglich. Wenn im Budget Milliarden für Wirtschaft und Banken vorgesehen sind, gleichzeitig bei der Bildung gekürzt wird, dann nützen die schönsten Ideen nichts. Wenn im Bildungswesen weiterhin autoritäre Strukturen herrschen und Jugendliche ans System angepasst werden, dann nützen auch moderne Unterrichtsmittel nichts. Organisationen, in denen junge Menschen sich selbst zum Thema Bildung melden, wie die Universitäre ÖH, die Bundesjugendvertretung und die SchülerInnenorganisation AKS haben ihre Unterstützung zurück gezogen. Das „breite“ Bildungsvolksbegehren wird immer schmaler.

Und doch ist der Ansatz, dass sich was tun muss ein richtiger. Nur werden Verbesserungen für Lernende und Lehrende nicht durch ein Volksbegehren gemeinsam mit WirtschaftsvertreterInnen kommen, sondern müssen von den Betroffenen selbst erkämpft werden. Die SchülerInnenstreiks und Uniproteste 2009/10 waren ein Anfang. „Geld für Bildung - nicht für Banken und Konzerne“ war dabei eine zentrale Forderung. Die im Bildungsvolksbegehren - nicht zufällig - fehlt!

Steiermark: Subventionen für den RFJ

Die Tücken des Pragmatismus

von Moritz Erkl, SLP-Graz

Seit 2000 erhielt der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), Jugendorganisation der FPÖ, Fördermittel der Bundesjugendförderung im Wert von 1,918 Millionen Euro aus Steuergeldern. Nicht eingerechnet sind die Förderungen der Bundesländer. Aufgrund von rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen in Flugblättern und Aussendungen stoppte der steirische Landtag 2008 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die Subventionierung der blauen Jugendorganisation. Mit dem Wiedereinzug der FPÖ in den steirischen Landtag scheint sich das nun geändert zu haben!

Magenprobleme?

Am 14.12.2010 wurden dem RFJ, aufgrund „guter Führung“ in einer Landtagssitzung mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ (!) die Zuschüsse erneut bewilligt. KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler versicherte in

einem Interview zwar, sie habe der Förderung nur „mit Bauchweh“ zugestimmt. Es zeigt sich jedoch deutlich, wohin Pragmatismus auch eine links auftretende Partei führen kann. Die



Angst vor der Streichung eigener Zuschüsse führte wohl zur Zustimmung der Subventionierung des RFJ.

Bereits in der Vergangenheit hat sich die KP-Steiermark davor geschaut, aktiv und offen gegen Rechtsextremismus

und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. So fehlten die Themen MigrantInnenrechte und Rechtsextremismus in ihrem Wahlkampf - wohl auch um WählerInnen mit rassistischen Vorurteilen nicht zu verschrecken. Das während des Wahlkampfes gegebene Versprechen, Probleme „dann im Landtag zu lösen“ entpuppt sich erwartungsgemäß als heiße Luft. Die Führungsspitze der KPÖ trennt soziale Fragen von Fragen der Migration. Eine „rot-weiß-rote“ (oder auch steirisch-grüne) Politik hat nichts mit sozialistischer Politik zu tun.

Organisierte Rechte

Die Zustimmung zu den Subventionen ist vor aktuellem Anlass besonders alarmierend. Die Grenzen zwischen FPÖ und der Neonazi-Szene sind fließend. Hinzu kommt, dass Funktionäre des steirischen RFJ unter den anonymen Betreibern der illegalen Neonazi-Homepage „Alpen-Donau-Info“ vermutet werden. Am 31.1.2010 kam es zu einer von acht Neonazis provozierten

Schlägerei in einem Lokal im Grazer Univiertel. Mehrere Besucher wurden von den aggressiven Schlägern teils schwer verletzt. Unter den Tätern befanden sich ebenfalls RFJ-Funktionäre.

Nun möchte die KPÖ bei der nächsten Abstimmung gegen Subventionen stimmen. Doch dieser Schritt allein ist nicht genug! Rassismus ist eng mit sozialen Problemen verknüpft. Und beides wird nicht im Landtag gelöst werden. Es bedarf einer Mobilisierung von Unten und des Aufbaus einer kämpferischen, linken Bewegung bestehend aus MigrantInnen und ÖsterreicherInnen, ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Studierenden, Erwerbslosen und PensionistInnen. Schuss mit der Förderung rechtsextremer Organisationen (dazu gehört übrigens auch der österreichische Turnerbund ÖTB) oder Geld für die Restaurierung von Kriegerdenkmälern. Der Kampf gegen Rechts findet nicht im Landtag mit Bauchweh, sondern bei der Mobilisierung auf der Straße und in einzelnen Stadtteilen statt!

Die BeamtInnen sind an allem Schuld?

Prügelknabe Öffentlicher Dienst

von Christian Bunke, SLP-Wien

In Österreich wird gerne das Spiel „Wer wird Sündenbock des Tages“ gespielt. Ob Asylsuchende, Studierende, migrantische Jugendliche oder LehrerInnen im Besonderen bzw. „Beamte“ im Allgemeinen. JedeR kommt mal dran und wird in der Tagespresse öffentlich abgewatscht. Auch KabarettistInnen wie Alfred Dorfer finden es lustig, sich regelmäßig über Beschäftigte im öffentlichen Dienst lustig zu machen.

Gerade die BeamtInnen: Sie sind faul, überbezahlt, machen zu lange Urlaub, dann wollen sie auch noch Lohnerhöhungen. Dieses Bild wird von Kronenzeitung über Presse bis Standard wiedergekaut. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Und wer hat ein Interesse an dieser Stimmungsmache?

Öffentlicher Dienst: ArbeitnehmerInnen wie wir!

Beginnen wir mit dem Gehalt. Das Internetportal www.oe24.at hat dazu spannende Zahlen aus 2007. Viel hat sich seitdem aufgrund minimaler Lohnerhöhungen nicht verändert.

Tatsächlich gibt es Beamte, die überdurchschnittlich viel Gehalt haben. EinE BundesratsabgeordneteR erhält 4.012,- Euro brutto/Monat, der Bundespräsident 22.466,-, der Bundeskanzler 20.059,- EinE StaatssekretärIn kommt auf immerhin 14.442,-. Dies ist eine kleine Elite, in

einem Betrieb wären sie die ManagerInnen.

Ganz anders ist die Lage bei den Hunderttausenden, die wichtige Dienstleistungen verrichten und dafür mit teilweise harten Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. KindergärtnerInnen kriegen 1.826,- Euro brutto/Monat, HauptschullehrerInnen 2.009,-, SozialarbeiterInnen 1.789,-. Da bleibt netto nicht viel übrig.

Gegen Nullrunden und Pensionsklau!

Dennoch diskutierten PolitikerInnen 2010 ernsthaft über eine Nullrunde für Beamte – und meint damit auch die Mehrheit der Öffentlich Beschäftigten die schon lange keine Beamten mehr sind. Eine Nulllohnrunde wurde von SPÖ-Beamten UND Frauenministerin Heinisch-Hosek gefordert und würde v.a. Frauen treffen.

Gibt es Erhöhungen, sind sie mager und werden sofort von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Strom- und Gas sowie Benzin ausgelöscht. Auch für Öffentlich Bedienstete steigen Preise deutlich schneller als Löhne und es gibt Reallohnkürzungen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Nationalratspräsident Neugebauer freut sich über moderate Abschlüsse. Als führender ÖVP-Politiker hat er kein Interesse an einer kämpferischen Vertretung seiner Mitglieder. Überhaupt dürfte sein Gehalt als Multi-

funktionär weit über dem seiner Mitglieder liegen...

Unkündbar?

Gegen Beamte wird auch gerne deren Unkündbarkeit ins Feld geführt. Dieses „Privileg“ wird schon bald der Vergangenheit angehören. Die so genannte Pragmatisierung wird seit Jahrzehnten abgeschafft. Das Bundesland Kärnten wird beispielsweise 2013 die letzte Generation von Auszubildenden pragmatisieren, also in ein unkündbares Arbeitsverhältnis übertragen. Danach ist Schluss. Dieser Prozess findet bundes- und landesweit statt. Die Minderheit jener die im Öffentlichen Dienst als LehrerInnen, in der Verwaltung oder bei der Müllabfuhr arbeiten sind heute Beamte. Die Mehrheit kann und wird als Vertragsbedienstete auch mal gekündigt. Dabei ist ein erhöhte Kündigungsschutz ein Schutz von Beschäftigten und den neoliberalen PolitikerInnen daher auch ein Dorn im Auge.

Ein Architekt des Ganzen ist Karl Heinz Grasser der von Skandal zu Skandal schlittert. Als neoliberaler rechtsaußen Finanzminister forderte er bereits 2003 die Abschaffung der Pragmatisierung. Im selben Jahr wetterte er gegen Gewerkschaften, die gegen die Verschlechterung der Pensionsregelungen streiken wollten mit den Worten: „Streiks sollten in einer modernen Demokratie keinen Platz haben“.



Grasser & Co:
die wahren Privilegienritter

Korrupt und überbezahlt, all dies trifft auf Grasser wohl zu. Als Finanzminister unter schwarz-blau forcierte er Privatisierungen, jetzt erfahren wir, auf welcher vielfältigen Art er sich während seiner Amtszeit bereichert hat. Individuen wie Grasser stehen stellvertretend für eine kleine Clique, die sich in unserem auf Profit ausgerichteten Wirtschaftssystem bereichern können. Die Opfer sind Berufstätige, Jugendliche, Studierende und MigrantInnen, die täglich mit Lohnkürzungen und Sozialabbau zu kämpfen haben. Die Grassers dieser Welt haben Interesse daran, dass wir uns gegenseitig an die Gurgel gehen.

Die „normalen“ Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ob pragmatisiert oder nicht, sind KollegInnen. Sie wollen das selbe wie wir alle: Ein gutes Leben in einem gesicherten Arbeitsverhältnis, mit guter Altersvorsorge und Gesundheitsversorgung. Selbst dies ist nicht einfach, wenn die für Beamte zuständige Krankenkasse 20% Selbstbehalt beim Arztbesuch auferlegt.

Gegen Kürzungen im Sozialabbau, Arbeitszeitverlängerungen, Personalabbau und andere Schweinereien von SPÖ, ÖVP und anderen etablierten Parteien können wir uns nur gemeinsam wehren. Fallen wir auf das von Krone & Co inszenierte Beamtenshooting herein, helfen wir nur den Grassers, Neugebauers und Heinisch-Hoseks dieser Welt.

Profit statt Qualität - Das hat wer vom „Kurier“?

Unsozialer Personalabbau bei Tageszeitung

von Helga Schröder, SLP-Wien

Eigentümervorteiler der Tageszeitung „KURIER“ – der Mehrheitseigentümer ist die Raiffeisen Holding – haben Verringerung der Personalkosten verlangt. Dem wird prompt nachgekommen: 36 MitarbeiterInnen wurden zur Kündigung angemeldet, davon sind 15 über 50 Jahre alt. Zu erwarten sind massive Überstundenleistungen und Qualitätseinschränkungen.

Geschäftsführer Thomas Kralinger behauptet eine „Abfederung“ durch den Sozialplan. Chefredakteur Helmut Brandstätter wollte nicht bestätigen, dass er gesagt haben soll, es sei „nicht einzusehen, dass Journalisten fürs Älterwerden bezahlt werden“.

Angeblich zur verbesserten Kommunikation zwischen Print- und digitalem Bereich wurde ein zentraler newsroom eingerichtet. Hintergrund ist der Kollektivvertrag für Tageszeitungen, der für die

KollegInnen im Printbereich, nicht aber für jene der digital-Abteilung gilt. Durch die Bündelung im neuen newsroom und Abbau „älterer“ KollegInnen kann der „teure“ Kollektivvertrag umgangen werden. Das ist ein neuer Angriff auf JournalistInnen.

Teile und Herrsche

Ausgliederung aus Kollektivverträgen, verschiedene Formen prekärer Beschäftigung, Kündigungen Älterer, Beschäftigung Jüngerer in prekären Verhältnissen mit schlechter Bezahlung, Behauptung von „Privilegien“ führen zur Spaltung der Belegschaft in KollegInnen verschiedener „Kategorien“. Das ist natürlich sehr profitabel, denn dann kann nach „Vereinheitlichung“ gerufen und diese auch – natürlich zum Nachteil der KollegInnen – durchgesetzt werden. Im Journalismus gelingt es KapitalistInnen besonders gut, was

überall und seit langem passiert: Spaltung durch Prekariisierung und Umgehung, Auslöschung oder Zerschlagung von Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse. Diese Entwicklung ist nur durch Versäumnisse der Gewerkschaft möglich, die es unterlässt, dagegen bereits im Ansatz zu kämpfen. Unterstützung im Einzelfall ist zu wenig. Die Gewerkschaft müsste bereits gegen die Spaltung kämpfen, statt zuzusehen, wie immer mehr einfach ausgenommen werden, andere als „privilegiert“ vernadert werden und dann eine „Angleichung“ nach unten durchgeführt wird. Für den Fall, dass die weiteren Verhandlungen beim Kurier zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen, wurden vom Betriebsrat Kampfmaßnahmen in Aussicht gestellt. Es ist zu hoffen, dass solche nicht durch faule Kompromisse abgewürgt werden.

Aktuelle Angriffe auf ÖBB stellen nur die Weichen:

Endstation Privatisierung

von Alexander Svojtka,
SLP-Wien

„Es fährt ein Zug nach nirgendwo“ – und der Fahrdienstleiter hat einen Namen: Reinhold Lopatka, VP-Finanzstaatssekretär. Dessen wiederholte und notorische ÖBB-Angriffe sind längst schon Legende. Neu ist, dass auch SP-Infrastrukturministerin Doris Bures „bis 2013 schwarze Zahlen“ sehen will und dafür auch 1.100 MitarbeiterInnen ihren Job verlieren werden. Als ob es die Aufgabe eines öffentlichen (Grund-)Versorgungsbetriebes wäre, Profite zu erwirtschaften!

Nein zur Privatisierung

Die neuesten Angriffe und die ÖVP-Forderung nach Eingliederung der Bahn in die ÖI-AG können – neben der schwarz-blauen Konzernerschlagung von 2003 – unschwer als letzte Schritte in Richtung vollständiger Privatisierung gedeutet werden. Das BZÖ fordert diese auch unverhohlen. So wurden und wer-



Die EisenbahnerInnen hätten die Macht, die Angriffe und die Privatisierung zurückzuschlagen. Die Gewerkschaft müsste sie nur nutzen.

den im (teils noch) lukrativen Güterverkehr ohnehin schon Konzessionen an Private erteilt: an die Strabag, Alpine Bau oder die Voralberger Baugruppe Rhomberg.

Nulltarif statt Profite für Private

Was eine Privatisierung der Bahn – außer fetter Boni für ManagerInnen und satter Dividenden für AktionärInnen – wirklich „bringt“, sehen wir seit 1993 in Britannien: „Sicherheitsmängel mit tödlichen Folgen, überfüllte Züge, teure und stetig steigende Preise, sowie Milliarden an öffentlicher Unterstützung bei fehlenden Infrastrukturinvestitionen, während die BetreiberGesell-

schaften die Profite abschöpfen“, fasste der britische „Socialist“ das Desaster unlängst zusammen. So zahlen PendlerInnen auf der Strecke Peterborough – London (entspricht etwa Salzburg – Linz) für eine Jahreskarte 5.320,- Pfund (ca. 5.800,- Euro). Das ist mehr als die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns. Gleichzeitig kürzen Gesellschaften wie Arriva Trains Wales Gehälter oder bezahlen sie – wie etwa Mitie – nur teilweise oder verspätet. Was wir brauchen ist ein Ausbau des Bahnangebotes und Nulltarif. Die EisenbahnerInnengewerkschaft ist gefordert, diese Angriffe zurück zu schlagen und nicht wie 2003 auf halbem Weg stehen zu bleiben.

Bleiberecht muss gemeinsam erkämpft werden!

*Gerade noch hatten die Herrschenden begeistert den „Aufschwung“
Kampf gegen Abschiebungen bedeutet Kampf gegen Kapitalismus!*



ArbeiterInnenbewegung und Migration

„Der Sozialismus ist international oder gar nicht“

von Pablo Hörtnner, SLP-Wien

Owohl die ArbeiterInnenklasse seit ihrer Entstehung nicht nur ideologisch sondern auch ethisch „bunt gemischt“ ist, gibt es nach wie vor nationalistische, chauvinistische bzw. rassistische Tendenzen. Dies hat mehrere Ursachen – allen voran die ideologische Themenführerschaft reformistischer Strömungen in der ArbeiterInnenbewegung. Während die Sozialdemokratie bereits vollends verbürgerlicht ist, versuchen die alten stalinistischen Parteien es mit einer „Sozialdemokratisierung“. Echte sozialistische bzw. antikapitalistische Positionen sind zur Zeit in der Minderheit.

Migration trifft nicht nur, aber v.a. ärmere und ganz arme Menschen. Klar ist, dass Migration ebenso wie Rassismus und Nationalismus zu integralen Bestandteilen des modernen Kapitalismus geworden sind. In den entwickelten kapitalistischen Ländern wird von kapitalistischer Klasse mit Unterstützung der Führung reformistischer Organisationen der Mythos geschürt, die ArbeiterInnen hier würden von der Ausbeutung der so genannten „Dritten Welt“ profitieren und ihre Errungenschaften wären durch verstärkte Einwanderung bedroht. Nation wird hier letztlich über Klassenzugehörigkeit gestellt, ein „wir ÖsterreicherInnen“ statt ein „wir ArbeiterInnen“ Gefühl erzeugt.

Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb der „nationale Sozialismus“ eines Lassalle oder auch eines Stalin mit seinem großrussischen Chauvinismus meist gegenüber den internationalistischen Strömungen dominierte. Selbst in fortschrittlicheren Zusammenhängen wie der Partei „Die Linke“ in Deutschland machen Lafontaine und andere mit rassistischen Aussagen auf sich aufmerksam. Das liegt nicht an der mangelnden persönlichen Integrität dieser Leute, sondern an ihrer falschen politischen Konzeption.

Auch der ÖGB verstärkt mit seiner chauvinistischen und pro-kapitalistischen Ausrichtung die Spaltung zwischen „In- und AusländerInnen“. Dass es im Interesse aller liegt, wenn z.B. die Bediensteten der ÖBB für höhere Löhne für ihre KollegInnen in der tschechischen Republik kämpfen würden, liegt auf der Hand. Es würde für die ÖBB keinen Sinn mehr machen, auf internationalen Strecken das Personal zu wechseln, um Lohndumping zu betreiben. Gleichzeitig würden bessere Sozialstandards in den Nachbarländern den Herrschenden in Österreich das Argument nehmen, dass wir sparen müssten, dass „die Anderen“ billiger wären und so fort. Nur länderübergreifende Kämpfe können Standortverlagerungen, Schwarzarbeit und Lohndumping effektiv bekämpfen.

Marx und Engels, Luxemburg und Liebknecht, Lenin und Trotzki sowie viele andere InternationalistInnen haben stets den Standpunkt vertreten, dass nur eine internationale Bewegung mit dem gemeinsamen Ziel einer internationalen sozialistischen/kommunistischen Revolution erfolgreich sein könne. So hat Trotzki der stalinistischen Diktion vom „Sozialismus in einem Lande“ konsequent die Losung entgegengestellt: „Der Sozialismus ist international oder gar nicht!“

In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung waren es oft trotzkistische und internationalistische Gruppierungen, die den gemeinsamen Kampf für die Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Lage – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Religion – angeführt haben. So in den USA oder im Südafrika der Zwischenkriegszeit, in Irland gegen die sektiererische Spaltung, ebenso in Jammu/Kashmir, Indien und Pakistan, in Sri Lanka oder auch in Israel/Palästina.

Historisch und aktuell führte die Beschränkung der politischen Arbeit auf die kapitalistische Logik auch immer zur Vertiefung nationalistischer Spaltungen in der ArbeiterInnenklasse. Reformistische Strömungen landen letztlich immer bei Standortlogik und nationalstaatlichem Chauvinismus. Aber nur mit einer konsequenten internationalistischen Ausrichtung kann der Aufbau der ArbeiterInnenbewegung und der Linken in Österreich und weltweit erfolgreich sein.

von Sebastian Kugler, SLP-SchülerInnengruppe

Grundsätzlich ist aber klarzustellen, dass zu einem geordneten Fremdenwesen gegebenenfalls auch die effiziente und effektive Aufenthaltsbeendigung und Außerlandesbringung gehört.“ So die Antwort des Innenministeriums auf eine Flut wütender Protestmails, die die SLP im Rahmen der „Ousmane MUSS bleiben“ Kampagne initiiert hatte. Laut „Kleine Zeitung“ werden jede Woche rund 50 Menschen abgeschoben. Die Regierung ruiniert so täglich sieben Menschenleben. Immer mehr Menschen sind von dieser ekelhaften Politik schockiert. Längst geht die Empörung weit über Linke und SozialarbeiterInnen hinaus.

Die Angriffe auf AsylwerberInnen und MigrantInnen sind nicht zufällig: sie dienen zur Ablenkung von der Politik der Regierung und stellen den Versuch dar, der FPÖ WählerInnen ab zu jagen.

Grüne & SPÖ: Fekters little Helper

Die Rot-Weiß-Rot-Card ist eine weitere Verschärfung. Ähnlich der „Green Card“ in den USA soll sichergestellt werden, dass nur noch Menschen, die für die Wirtschaft verwertbar sind, nach Österreich kommen. Zusätzlich kommt die fünftägige verbindliche Haft für AsylwerberInnen – ein voller Sieg für Fekters Hardliner-Politik. Die Einigung der Regierung spricht auch Bände über die Position der SPÖ. Das anfängliche Zögern der SPÖ begründete sie damit, dass bei fünf Werktagen Haft das Wochenende beinhaltet sei, es also real um sieben Tage Haft ginge. Die große „Errungenschaft“ der SPÖ im neuen Fremdenrechtspaket ist nun, dass die Behörden alle Fälle sofort – also auch am Wochenende – bearbeiten müssen. Damit es dann aber wirklich auch nur fünf Tage Haft sind. Dies ist nur ein weiterer trauriger Höhepunkt der rassistischen Politik der SPÖ, die auch unter Schwarz-Blau Fremdenrechtsverschärfungen zugestimmt hatte.

Abschiebungen werden auch in Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung fortgesetzt. Auch die medial bekannten Fälle wie Melitus Onongaya aus Linz entlockten den Grünen nicht mehr als vorsichtige Solidaritätsbekundungen. Von einer Änderung der Politik ist weder in Oberösterreich noch in Wien etwas zu merken. In Wien schweigen die Grünen zum Thema. Auf der Kundgebung der Plattform „Melitus muss bleiben“ sagte der grüne Bundesrat Efgani Dönmez in Linz sinngemäß, dass es in einem geordneten Fremdenwesen eben auch Abschiebungen geben müsse. Das erinnert stark an die in der Einleitung zitierte Stellungnahme des Innenministeriums.

Spätestens seit dem Fall Arigona Zogaj 2007 ist der Widerstand gegen Abschiebungen ins Zentrum der Politik gerückt. Nicht nur „Linke“ sind hier aktiv, sondern ganz „normale“ FreundInnen, NachbarInnen und KollegInnen. Nicht nur in der Stimmung in der Bevölkerung, auch bei den Protesten selbst gab es Veränderungen. Die Bevölkerung der kleinen Voralberger Gemeinde Röthis setzte den Startschuss. Kollektiv verweigerten sie der Polizei den Zutritt zum Haus

einer abzuschiebenden Familie. Der Bürgermeister musste dem Druck der Gemeinde nachgeben – die Familie durfte bleiben. Aus diesem Beispiel haben auch wir gelernt, wie durch kollektives Auftreten und politischen Druck Abschiebungen verhindert werden können. In den letzten Monate gaben die Fälle der Familie Komani, Code, Araksya oder Ousmane C. (siehe Vorwärts 196) Anlass, sich kritisch mit verschiedenen Zugängen und Taktiken im Kampf um Bleiberecht auseinanderzusetzen.

Bleiberecht – eine juristische oder eine politische Frage?

Die Gesetzeslage ist, was Asyl, Bleiberecht, subsidiären Schutz etc. betrifft, restriktiv und verwirrend. Nicht einmal langjährige ExpertInnen finden sich im Paragraphen-Dschungel zurecht. Während der Asylverfahren leben die Menschen oft um ihre Rechte betrogen unter unmenschlichen Bedingungen. Es gibt eine Reihe an NGOs, die AsylwerberInnen unterstützen. Sie begleiten sie auch auf dem Rechtsweg. Dieser endet jedoch oft bei einem negativen Bescheid. Für viele Organisationen ist hier das Ende.

Von Spatzen und Tauben, Dächern und Händen

Für die SLP ist Asyl und Bleiberecht primär eine politische Frage. Der juristische Weg kann nicht ignoriert werden und muss „ausgeschöpft“ werden, aber es wäre falsch, sich darauf zu beschränken. Gesetze sind keine allmächtigen, allzeit gültigen oder objektiven Wahrheiten. Sie sind Ausdruck realer Kräfteverhältnisse. „Wenn Unrecht zu recht wird – dann wird Widerstand zur Pflicht“ – das gilt auch in der Bewegung gegen Abschiebungen. Der Kampf um Bleiberecht endet für uns nicht bei einem negativen Asylbescheid!

„Lieber den Spatz in der Hand als die Taube am Dach“ gilt wohl für viele, die mit AsylwerberInnen arbeiten. Wie verhält mensch sich, wenn „Deals“ angeboten werden wie „AsylwerberIn X wird nicht abgeschoben, dafür gibt’s kein öffentliches Aufsehen“? Ohne Perspektive in eine starke Kampagne, scheinen solche Deals eine individuelle Lösung zu sein. Doch mit so einer Politik werden einzelne Erfolge auf Kosten aller anderen Fälle erzielt – eine Änderung der Gesamtpolitik ist damit nicht zu erreichen.

Politische Kampagne

Es bringt nichts, sich von Staat und etablierter Politik „menschliche Asylpolitik“ zu erwarten. Die letzten Erfolge der Anti-Abschiebungsbewegung wurden durch selbstbewusste und offensive Kampagnen erzielt, auch wenn juristisch nichts zu machen war. Wichtig ist, dass die Kampagnen nicht FÜR bestimmte AsylwerberInnen geführt werden, sondern MIT ihnen. Sie sind keine unmündigen Kleinkinder. Sie sind oft hochpolitische Menschen, die auf ihrem Leidensweg viele wichtige Erfahrungen gemacht haben. Dass der Staat AsylwerberInnen die politische Tätigkeit verbietet, ist Zensur.

Die Betroffenen sollten, so gut es geht, selbst in

m

bejubelt,



diesen Kampagnen aktiv sein. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass durch möglichst stilles Verhalten die Chance auf Bleiberecht steigt. Isolierte und schweigsame AsylwerberInnen können vom Staat ohne großes Aufsehen abgeschoben werden. Menschen, die eine starke Kampagne oder noch besser eine Organisation im Rücken haben, sind schwieriger loszuwerden. Die Betroffenen müssen der Bewegung und der Kampagne vertrauen können, ansonsten kann es passieren, dass sie auf Tricks des Staates wie die „freiwillige Rückreise“ eingehen.

Schulstreik, Medienarbeit, Einbeziehung der FreundInnen, MitschülerInnen und KollegInnen, Kundgebungen, Demonstrationen und Einbeziehung des ÖGB: Politische Kampagnen müssen versuchen möglichst große Öffentlichkeit zu bekommen. Dafür ist die Aktivität der Betroffenen von großer Wichtigkeit. Internationale Beispiele zeigen, wie der gemeinsame Kampf Erfolge zeigen kann.

Griechenland: Der Kampf der „300“

Die Wirtschaftskrise verschlimmerte die Situation für MigrantInnen in Griechenland. Viele leben auf der Straße, in Parks und hungern. Ab dem 25. Januar befanden sich 300 Flüchtlinge im größten Hungerstreik der Geschichte aus Protest gegen die unerträgliche Situation. Die „illegalen“ MigrantInnen fordern Papiere und gleiche Rechte. Die meisten kommen aus Nordafrika und haben jahrelang in Griechenland gelebt und gearbeitet. Viele von ihnen hatten in der Vergangenheit Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, die ihnen als Folge der Wirtschaftskrise aberkannt wurde.

Auf Einladung der Studierendengewerkschaft versammelten sich die Hungerstreikenden in der Athener Jus- Fakultät. Die politische Rechte und die Medien hetzen. Griechische UnterstützerInnen der MigrantInnen wurden mittlerweile von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt, weil sie „Illegale“ unterstützt haben.

Der Kampf der „300“ hat internationales Aufsehen erregt und ist ein Beweis dafür, dass auch illegale MigrantInnen sich gemeinsam mit „InländerInnen“ wehren können. Die Unterstützung der Studierendengewerkschaft war essentiell für das Bekanntwerden des Kampfes und der Missstände in Griechenland.

Britannien: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen Abschiebungen

Mansoor Hassan ist Journalist aus Pakistan. Er prangerte die Verbrennung von Frauen, den Terror islamistischer Gruppen und die Korruption der Eliten an. Er wurde bedroht. Nur knapp konnte die Familie einem Anschlag entgehen und nach Manchester flüchten. Dort wurden sie mit dem drakonischen britischen Asylrecht konfrontiert. Mansoor kam mit der Manchester Ortsgruppe der Journalistengewerkschaft NUJ in Kontakt. Seine Familie lebte in untragbaren Verhältnissen, außerdem drohte die Abschiebung. Die NUJ Mitglieder starteten eine Kampagne. Sie begleiteten ihn bei Amtsgängen. Es wurden Proteste organisiert um den Behörden zu verdeutlichen, dass Mansoor eine Organisa-

tion im Rücken hat. Eine Telefonkette wurde aufgebaut um im Falle einer drohenden Abschiebung schnell eingreifen zu können. Die NachbarInnen wurden informiert und eingebunden. Flugblätter erklärten, dass hier eine Familie lebt, die von Abschiebung bedroht ist, und dass sich eine Gewerkschaft dieser Familie angenommen hat. Frau Hassan half mit, eine Organisation von asylsuchenden Frauen in Manchester aufzubauen. Mansoor sprach auf vielen Gewerkschafts- und politischen Veranstaltungen. Die Kampagne vernetzte sich mit anderen von Abschiebung bedrohten Familien, es wurden gemeinsame Demonstrationen organisiert. Auch auf 1. Mai Demonstrationen traten Asylsuchende mit ihren Forderungen als Block auf. Nach zwei Jahren musste sich der Staat beugen und die Familie erhielt das unbefristete Bleiberecht. Die Socialist Party, Schwesterorganisation der SLP, war wichtiger Teil der Kampagne und hat zentrale Forderungen und Eckpunkte hinein getragen. Dazu gehören: Das Recht auf Arbeit, Selbstorganisation von Asylsuchenden anstatt Sozialarbeit und Entmündigung, sowie die Betonung der Rolle von Gewerkschaften um die Kämpfe von Asylsuchenden, MigrantInnen und ArbeiterInnen für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zusammenzuführen.

MigrantInnen sind ArbeiterInnen!

Wir leben in einem System der allgegenwärtigen Konkurrenz, in dem Viele für den Reichtum Weniger arbeiten. Die Unterdrückung von MigrantInnen bringt Extraprofite. Für SozialistInnen ist der Kampf gegen rassistische Gesetze und Abschiebungen immer verbunden mit dem Kampf gegen das System, dass all diese Katastrophen produziert: Der Kapitalismus. MigrantInnen sind nicht nur MigrantInnen, sondern mit wenigen Ausnahmen v.a. auch ArbeiterInnen. Sie haben dieselben Interessen wie „inländische“ ArbeitnehmerInnen. Sie werden von UnternehmerInnen benützt, um Lohnkosten zu drücken und Profite zu maximieren. Auf der ganzen Welt begehren als Folge der kapitalistischen Krise ArbeiterInnen auf. MigrantInnen können und müssen in diesen Kämpfen eine wichtige Rolle spielen, um gemeinsame Rechte zu verteidigen und zu erkämpfen.

USA: MigrantInnenstreik legt Hafen von Los Angeles lahm

2006 planten die Republikaner mit der „Sensenbrenner Bill“ eine dramatische Verschärfung des Fremdenrechts. Geplant waren Massenabschiebungen und dass migrantische ArbeiterInnen noch weiter in die Illegalität gedrängt werden. Der Gesetzesentwurf forderte eine Ausbreitung und Aufrüstung des Grenzzauns nach Mexiko und die strafrechtliche Verfolgung von Menschen, die in irgendeiner Form illegalen MigrantInnen helfen. Im Frühling 2006 kam es zu Massenprotesten von illegalen MigrantInnen, die am 1. Mai im „Day without Immigrants“ mündeten.

Mehrere Millionen Menschen folgten dem Aufruf, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen bzw. nicht in die Schule zu gehen. In lateinamerikanischen Ländern kam es zu Solidaritätsbekundungen und Massenboykotts. Allein in Chicago

demonstrierten 700.000 für MigrantInnenrechte, in LA 450.000. Die HafendarbeiterInnen in LA, hauptsächlich Latinos/as, bestreikten den Hafen. Damit demonstrierten sie ihre massive ökonomische Macht. Der Hafen von LA ist der größte Containerhafen Nordamerikas, täglich wird dort Fracht im Wert von über 400 Millionen Dollar umgeschlagen. Der Streik traf die Regierung dort, wo es weh tut. Das Establishment musste klein begeben: Die Sensenbrenner Bill wurde fallengelassen.

Italien: MigrantInnen wehren sich gegen rassistische Regierung

Silvio Berlusconi wird nicht nur als unverbesserlicher Sexist in die Geschichte eingehen, sondern auch als Feind von ArbeiterInnen und MigrantInnen. Nicht unwidersprochen. Am 1. März 2010 streikten mehrere zehntausend migrantische ArbeiterInnen. Der Facebook-Aufruf „Primo Marzo, 24 ore senza di noi“ („1. März, 24 Stunden ohne uns“) brachte einen Stein ins Rollen, der Streiks in ganz Italien auslöste. Alleine in Brescia bestreikten italienische und migrantische ArbeiterInnen 50 Fabriken. Auch in Mailand, Bologna, Neapel und vielen anderen Städten streikten migrantische ArbeiterInnen gemeinsam mit ihren italienischen KollegInnen und wurden von tausenden SchülerInnen und StudentInnen unterstützt.

Skandalös war das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie. Diese weigerte sich, den Streik anzuerkennen. Nur die StahlarbeiterInnengewerkschaft FIOM, in der auch Controcorrente, die italienische Schwesterorganisation der SLP aktiv ist, unterstützte die Streiks aktiv.

Gleiche Rechte erkämpfen – Kapitalismus abschaffen

Der Kampf für Bleiberecht und der Kampf um gleiche Rechte unabhängig von der Herkunft sind eng mit dem generellen Kampf gegen den Kapitalismus verbunden. Deswegen greifen Lösungsansätze, die nur eines dieser Felder bearbeiten, zu kurz. Am 1. März gab es auch in Wien im Rahmen des „Transnationalen MigrantInnenstreik“ Aktionen. Die Wut auf das System kanalisiert sich oft über Umwege - In Österreich zurzeit stark über die Asylpolitik. Mit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise wird eine Verschiebung zu „traditionelleren“ Themen und Arbeitskämpfen kommen. Doch das steht nicht im Widerspruch zum Kampf um Bleiberecht und gleiche Rechte. Erfolgreiche soziale Kämpfe verbessern auch die Basis für den Kampf gegen dieses Asyl-Unrecht. Wie die internationalen Beispiele gezeigt haben, ist der gemeinsame Widerstand das beste Mittel, um gleiche Rechte zu erkämpfen! Deswegen lautet unsere Antwort auf die anfangs zitierte Mail auch: „Grundsätzlich ist aber klarzustellen, dass zu einer menschenwürdigen Migrationspolitik jedenfalls die effiziente und effektive Zerschlagung des kapitalistischen Systems gehört!“

Zahlen & Fakten: Flüchtlinge weltweit

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Weltweit gibt es geschätzte 150 Millionen MigrantInnen, das sind ca. 3% der Weltbevölkerung. Nur ein geringer Teil verlässt die Heimat freiwillig. Die häufigsten Fluchtgründe: Krieg, Verfolgung und Vertreibung (inkl. Binnenvertreibung), innerstaatliche Konflikte und Naturkatastrophen bzw. Umweltzerstörung (oft auch in Folge der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur durch Unternehmen).

Offiziell gab es laut UNHCR 2009 insgesamt 43,3 Millionen Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, 6-10 Millionen davon Kinder. 90% flüchten innerhalb des eigenen Landes, 80% kommen aus den Staaten der neokolonialen Welt (sog. „Entwicklungsländer“). Bezogen auf das BIP hat Pakistan die meisten Flüchtlinge. Industriestaaten wie Deutschland rangieren erst ab Platz 26.

Das Asyl-Roulette

Eine Million Menschen hat It. „Global Trends“-Bericht weltweit ein Asylverfahren – 286.700 nach Eurostat davon in Europa (und davon 86% in der EU). Das ist die magere Zahl von 520 AsylwerberInnen auf eine Million EinwohnerInnen – oder: auf rund 2000 EuropäerInnen kommt einE AsylwerberIn.

Die Abschottung Europas führt dazu, dass es weniger Flüchtlinge nach Europa schaffen, bzw. die Kosten für sie noch weiter steigen oder sie in die Abhängigkeit von Sklaverei und Zwangsprostitution treiben.

Die Anträge in der EU auf Asyl nehmen ab. In Österreich suchten 2009 15.821 Menschen in einem Neuantrag um Asyl an, 2010 waren es 11.022, insgesamt laufen ca. 30.000 Verfahren. Zum Vergleich: In Österreich gibt es rund 40.000 MillionärInnen, die ein Vermögen von geschätzten 210 Milliarden Euro besitzen.

Der Anteil an positiven Asylbescheiden liegt im EU-Schnitt bei 27%. In Österreich bei 22% im Erstverfahren, 64% werden abgelehnt, die anderen Anträge werden zum großen Teil nicht weiter verfolgt. Über 6,3% der Asylsuchenden wird Schubhaft verhängt. Und das obwohl geschätzte 40% der Flüchtlinge traumatisiert sind. Die geringste Chance auf ein positives Asylverfahren hat mensch in Griechenland mit nur 1,2%.

Asylanträge in der EU sind ein Glücksspiel: AsylwerberInnen aus Somalia haben in bestimmten Ländern der EU eine nur unter 10% liegende Chance, dass ihr Antrag positiv entschieden wird, in anderen EU-Staaten aber eine mehr als 90%ige.

Immer wieder bedienen sich Rechte linker Symbole

Viva Che! Strache Ade!



von Samuel Schwaiger,
SLP-SchülerInnengruppe

Warum trägt Strache ein Che T-Shirt? Warum benutzen die „Autonomen Nationalisten“ linke Symbole?

Erstens können Rechte schwer mit NS-Fliegern oder anderen rechten Idolen bei der Bevölkerung punkten. Da ist es leichter, einen bei Vielen beliebten Revolutionär zu benutzen. Che Guevara ist populär: Es kommen Filme über ihn ins Kino, der T-Shirt Stand an der Ecke hat garantiert ein Che Shirt und einfach jeder kennt ihn. Viele beeindruckt sein Kampf gegen Unterdrückung und für Gerechtigkeit. Che Guevara ist ein Symbol für den Widerstand gegen Unterdrückung, Imperialismus, und Kapitalismus. Auch seine Ehrlichkeit unterscheidet ihn von vielen PseudorevolutionärInnen. So verzichtete er als Chef der Nationalbank und als Minister auf Privilegien – ganz im Gegensatz zu den stalinistischen MachthaberInnen.

Che ist Internationalist

Rechte drehen es gerne so als würden sie so wie Che Guevara nur ihr Land „befreien“. Sein „Patria o muerte“, was auf Deutsch „Heimat oder Tod“ bedeutet, verwenden sie dabei als „Beweis“ dafür, dass Che kein Internationalist, sondern ein Nationalist wäre. In Südamerika hat „Heimat“ allerdings eine

völlig andere Bedeutung als bei uns. Dort steht es dafür, dass mensch will, dass das eigene Land nicht von imperialistischen Mächten unterdrückt wird. Internationale Konzerne sind Großgrundbesitzer in ganz Südamerika und beuten die Menschen aus. Auch gegen Kapitalismus hat Che gekämpft. Che Guevara war glühender Internationalist. Eines seiner Zitate zeigt das besonders gut: „wahrhafter Internationalist ist derjenige, welcher fähig ist, Beklemmung zu fühlen, wenn ein Mensch in einem anderen Teil der Welt ermordet wird, und der begeistert ist, wenn in irgendeinem Teil der Welt die Fahne der Freiheit aufgepflanzt wird.“

Des Nazis neue Kleider?

Rechte werden immer wieder versuchen, linke Personen und Parolen für ihre Hetze verwenden. So zitieren Neonazis mittlerweile auch die sozialistische Revolutionärin Rosa Luxemburg und spielen auf ihren Demos Lieder linker Bands. Diese Vereinnahmung ist der Versuch der Rechten von der Wut von Jugendlichen gegen das System zu profitieren. Kapitalismus UND die Rechten bekämpfen wir am besten durch geschlossene und breite antifaschistische Mobilisierungen auf der Straße. Denn egal ob mit Bomberjacke oder Hoodie – Kein Fußbreit dem Faschismus!



„Wir dürfen die Faschisten keinen Meter weit marschieren lassen, deswegen bin ich mit der SLP nach Dresden gefahren!“ (Fanny)

Nazis in Dresden blockiert ...und wir waren mit dabei!

von Lisa Hübl,
SLP-SchülerInnengruppe

Jeden Februar findet ein „Gedenken an die Opfer des Bombenangriffes“ in Dresden statt. Unter diesem Vorwand marschieren tausende Nazis. Es ist einer der größten Naziaufmärsche Europas und wird skandalöserweise regelmäßig von den Gerichten geduldet. Seit einigen Jahren wächst der Widerstand. 2010 wurde der Aufmarsch das erste Mal durch Blockaden erfolgreich verhindert. Das Motto für dieses Jahr war klar: Do it again!

Auch eine 10 mensch-starke junge Delegation der SLP (Durchschnittsalter 17 Jahre) hat sich nach Dresden begeben um dort die SAV, die deutsche Schwesterorganisation der SLP, bei den Blockaden zu unterstützen.

Nazis blockieren ist harte Arbeit!

Bereits um 5.30 morgens mussten wir aufstehen. Die Polizei versuchte, die DemonstrantInnen von der Innenstadt fernzuhalten – erfolglos. Wir waren zusammen mit Bremer SAV-lerInnen die Ersten am Hauptbahnhof. Im Endeffekt standen dort 3.000 Menschen. Die Polizei blockierte viele Zuwege zu den Nazikundgebungen und setzte ohne Vorwarnung Schlagstock und Tränengas ein. Es ging so weit, dass Wasserwerfer in Verwendung kamen um die Blockaden aufzulösen. Der Versuch scheiterte aber an dem entschlossenen und massenhaften Widerstand der AntifaschistInnen. Es kam in ganz Dresden zu Festnahmen von Linken. In mehreren Teilen der Stadt wurden DemonstrantInnen über Stunden in Polizeikesseln festgehalten.

Polizei – Freund und Helfer der Nazis

Bei den Nazis aber schaute die Polizei weg: Ein linkes Kulturzentrum wurde

von Nazis angegriffen, die Polizei stand daneben. Es kam leider auch zu Angriffen auf AntifaschistInnen, z.B. im Regionalzug nach Dresden, bei denen einige schwer verletzt wurden. Die Nazis haben Scheiben von Bussen zerstört und sind mit Messern auf AntifaschistInnen losgegangen.

Es war dennoch eine Niederlage für die Nazis. Ihre Mobilisierung blieb unter den eigenen Erwartungen und sie waren gerade mal 2000 und standen 21.000 AntifaschistInnen gegenüber. Ihre Versuche, nach Leipzig und Dresden-Plauen auszuweichen, misslangen.

Verfälschung durch die Medien
Bürgerliche Medien stellten die DemonstrantInnen als gewalttätige Linksextreme dar. Die Realität sah anders aus. Denn v.a. gab es Massen an friedlichen DemonstrantInnen. Wir haben eine gut organisierte Demonstration gesehen, bei der sich auch alte Ehepaare und sogar kleine Kinder aufgehalten haben.

Wien muss Dresden werden

Dieses Jahr konnte in Wien der rechts-extreme WKR-Ball ungestört stattfinden. Es gab massive Polizeirepression und mehrere Festnahmen gegen die antifaschistische Gegenmobilisierung. Es waren v.a. AktivistInnen der linken Szene. Das machte es der Polizei leichter, auf uns einzudreschen und uns als „Linke Chaoten“ darzustellen. Dresden hat gezeigt, dass Massenmobilisierungen in der Lage sind, Nazi-Aufmärsche zu stoppen. „Dresden Nazifrei“ ist ein gut organisiertes Bündnis, bestehend aus Gewerkschaften, linken Organisationen, Bands, usw.

Für die Organisation und Durchführung der Proteste gegen den WKR-Ball 2012 sollten wir uns daran ein Beispiel nehmen. Bündnisse schließen, groß mobilisieren, und gemeinsam blockieren, damit der Ball nie wieder stattfindet!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,
„Wiener Café“, Esplanade Gmunden

GRAZ

nicht regelmäßig, Infos: 0650/6373142

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

SLP-SchülerInnen-Gruppe
Jeden Montag um 18.30
„Amerlinghaus“
7.; Stiftg.8

SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria Valentino“
9.; Bergg. 6

SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.00
„Gasthaus Zypresse“
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

SLP-Nachmittags-Ortsgruppe

Jeden Freitag um 13.30
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES
INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gib't alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733

Aufbruch in ein stürmisches Jahr!

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Am 24.12. wurde der guineische Flüchtling Ousmane C. aus dem Gefängnis entlassen. Die SLP hatte die Kampagne für den Studi-AktivistInnen initiiert und maßgeblich betrieben. Seine Freilassung war ein wichtiger erster Sieg. Seine Abschiebung in den sicheren Tod konnte erst mal verhindert werden.

Im Zuge der Kampagne gab es mehrere Beitritte zur SLP Ende 2010. Viele Menschen sehen: es macht Sinn sich zu engagieren. Ein Grund mehr für theoretische Schulung. Es fanden gut besuchte Marxismus-Kurse und ein Seminar zum CWI-Weltkongress statt.

Was am Seminar noch Theorie war,

wurde im arabischen Raum Realität, und die SLP beteiligte sich aktiv an allen Solidaritätsaktionen. CWI-Material und Slogans auf arabisch halfen, unsere sozialistischen Positionen einzubringen. Natalia berichtet von einer ägyptischen Demonstration in Salzburg und wie positiv die Solidarität durch ÖsterreicherInnen aufgenommen wurde. So kamen wir mit vielen arabischen Jugendlichen und AktivistInnen ins Gespräch. Mit einer eigenen Aktion vor der Bundeswirtschaftskammer machten wir auf die österreichischen Waffenlieferungen nach Ägypten aufmerksam. Alleine 2002 wurde Kriegsmaterial im Wert von 78 Mio. an das Regime geliefert, mit dem jetzt die Protestbewegung bedroht wird.

Kampf um Bleiberecht geht weiter!

Das Solidaritätskomitee für Ousmane wurde gegründet und arbeitet gerade im StudentInnen und Gewerkschaftsbereich sehr erfolgreich. Ousmane wurde zum Ehrenvorsitzenden der GPA-StudentInnen gewählt! Kommen Angriffe, ist die Gewerkschaft nun um so mehr gefordert.

In Linz initiierten wir eine Kampagne gegen die Abschiebung des stadtwelt bekannten Zeitungsverkäufers Melitus.

Aktiv gegen rechts..

SLPlerInnen aus ganz Österreich beteiligten sich an den Protesten gegen den WKR-Ball, bei der auch ein SLP-Mitglied verhaftet wurde. Wir antworten mit einer Solidaritätskampagne und arbeiten

an einer starken linken Kampagne gegen den WKR-Ball 2012. Wir haben bereits Gewerkschaften und Opferverbände angesprochen, um ein breites Bündnis zu formen. Eine große SLP-Delegation aus Wien, Salzburg und Graz beteiligte sich an den Blockaden gegen den Naziaufmarsch in Dresden und die Nazis wurden gestoppt!

Revolutionäre Bewegungen können schnell entstehen, das zeigt sich im arabischen Raum deutlich. Leider gelingt es bürgerlichen Gruppen immer wieder revolutionäre Bewegungen für ihre Ziele einzuspannen. Nur starke sozialistische Organisationen können das verhindern. Daher wollen wir die SLP aufbauen und Dich dafür gewinnen!



Neues aus dem CWI

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

CWI aktiv im Nahen und Mittleren Osten

Revolutionäre Bewegungen erschüttern die arabische Welt. Von Tunis bis Kairo und Sanaa gehen die Massen zu Millionen auf die Straße, um gegen Armut und Unterdrückung zu kämpfen. Das CWI hat schon seit Jahren Organisationen in der Region. Tun'at Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki (Bewegung Sozialistischer Kampf, die Schwesterorganisation der SLP in Israel/Palästina) ist innerhalb Israels aktiv gegen die imperialistischen Aggressionen der Regierung. So waren AktivistInnen des CWI an den Demonstrationen gegen die Bombardierung Gazas und 2006 gegen den Libanonkrieg beteiligt. Das CWI arbeitet vor Ort für den Zusammenschluss von ArbeiterInnen und Jugendlichen im Westjordanland.

Im Libanon ist das CWI trotz der tiefen religiösen Spaltung innerhalb der Gesellschaft eine Organisation bestehend aus Menschen unterschiedlichen Hintergrunds. Auch hier steht die Schwesterorganisation für den gemeinsamen Kampf für soziale und demokratische Rechte.

Aktive RevolutionärInnen

An den Revolutionen in Tunesien und Ägypten haben Mitglieder des CWI aktiv teilgenommen. Tausende Flugblätter wurden auf dem Tahrir-Platz in Kairo verteilt, die die Massen dazu aufriefen, sich nicht von der bürgerlich-liberalen „Führung“ und den Militärs betrügen zu lassen, sondern sich selbst zu organisieren und die Zukunft des Landes in die Hand zu nehmen. CWI-Mitglieder sprachen in Tunesien mit GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen und Jugendlichen, die gegen das Regime auf die Straße gingen. Sie versicherten die Solidarität des CWI und halfen aktiv die Bewegung weiter zu bringen.

International hat das CWI in einer Vielzahl von Ländern Solidaritätsaktionen mit den Bewegungen unterstützt bzw. organisiert. Die Kette von Revolutionen hat die Notwendigkeit der internationalen Organisation verdeutlicht. Entscheidend für die Entwicklung der Revolutionen in der arabischen Welt (und darüber hinaus) ist daher der Aufbau von internationalistischen, revolutionären sozialistischen Parteien, die gemeinsam die Bewegungen entwickeln und weitertreiben können.

www.socialistworld.net

von Franz Neuhold, SLP-Wien

Weder imperialistische Kriege noch Diplomatie bringen Demokratie im Nahen Osten. Es sind die betroffenen Menschen selbst, die ihr Schicksal in die Hand nehmen. Fortschrittliche Bewegungen auf der ganzen Welt können und müssen davon lernen. Gleichzeitig gibt es eine Verpflichtung zur Solidarität. Diese besteht auch darin, sich der Grundlagen und Möglichkeiten dieser neuen Ära bewusst zu werden.

Was als Verzweiflungstat eines Straßenhändlers Ende 2010 in Tunesien beginnt, gibt den Anstoß zu Veränderungen in einer der Brennpunkt-Regionen. Revolutionäre Massenbewegungen in zumindest zehn Ländern stürzen Diktatoren oder bringen ihre Regimes zumindest ins Wanken.

Die Gründe dafür liegen in der Armut und steigenden Lebensmittelpreisen, dem Mangel an Demokratie und Freiheitsrechten, der Korruption und Polizeigewalt, mitunter ethnischer Unterdrückung. All dies wird durchwoben von der Demütigung durch die imperialistische Politik, deren Juniorpartner in der Region an den Machthebeln und Geldhähnen sitzen. 40 % der ÄgypterInnen müssen von weniger als \$ 2 pro Tag leben. Ein Drittel der Bevölkerung im Jemen ist erwerbslos; etwa derselbe Anteil der Bevölkerung Libyens lebt unter der Armutsgrenze.

Es waren Arbeitskämpfe, die den Boden für den Aufstand gegen Mubarak in Ägypten vorbereitet haben. Ausländische Investitionen stiegen im letzten Jahrzehnt rasant. Damit einher gingen Angriffe auf die Beschäftigten. Die Betroffenen begannen, sich zu wehren: Seit 2004 wurden 3000 Streiks und Aktionen gezählt. Zwei Millionen nahmen insgesamt daran teil. 2007 führte ein Arbeitskampf in der Textilfabrik Ghazal al-Mahalla zu einer unabhängigen Gewerkschaft. In diesen Auseinandersetzungen lernten unzählige ArbeiterInnen, im Kampf gegen die Staatsmacht zu bestehen.

Heuchelei der bürgerlichen Politik

Viele bürgerliche PolitikerInnen und KommentatorInnen waren und sind von den Ereignissen „überrascht“. Manche äußern „Besorgnis“. Gemeint

Nach dem Amtsantritt von Ahmed Shafik als neuem Premierminister Ägyptens wandte er sich ans Volk. Seine Rede lässt sich zusammenfassen: „Die Revolution wurde gewonnen, die ÄgypterInnen sollen nun nach Hause zurückkehren und brav zur Arbeit gehen.“ Aber kommen nach dem Sturz Mubaraks automatisch höhere Löhne und Demokratie?

Im Laufe der Revolution von 1905 entwickelte Leo Trotzki die Theorie der Permanenten Revolution. Sie erklärt, dass die Aufgaben der bürgerlichen Revolutionen wie Pressefreiheit, Wahlen und Landreform in Ländern, in denen sich der Kapitalismus verspätet und in einer vom Imperialismus abhängigen Form entwickelt hat, nicht durch die jeweilige bürgerliche Klasse gelöst werden können. Denn diese ist schwach und abhängig vom Imperialismus und hat an genau diesen Veränderungen kein Interesse. Diese Aufgaben können deshalb nur „in einem Aufwischen“ mit der sozialistischen Revolution erfüllt werden – und zwar durch die ArbeiterInnenklasse, die ein Interesse an Demokratie UND einem Sturz des Kapitalismus hat.

In Ägypten z.B. steht die bürgerliche Klasse in starker Abhängigkeit von Investoren aus dem Ausland. Sie ist kein Träger einer bürgerlichen Demokratie wie in Europa und den USA. Um den Kapitalismus

Der Nächste bitte! Massenbewegungen stürzen Diktaturen

Revolutionen im Nahen Osten geben Hoffnung



ist damit die Angst, weitere Bewegungen könnten am wirtschaftlichen Fundament des Kapitalismus sägen.

Im Falle Bahraïns halten sich Obama und Clinton mit Kritik zurück, handelt es sich doch um einen wichtigen Bündnispartner in der Öl-Region. Italiens Berlusconi und ex-FPÖ-Chef Haider sind bzw. waren bekanntermaßen gute Freunde des Gaddafi-Clans. Überhaupt hat die FPÖ gute Verbindungen zu den diversen Diktatoren der Region. Der ehemalige britische Premier Blair genoss einst das Urlaubsdomizil Mubaraks am Roten Meer. Die Herrschenden im "Westen" sowie in Israel haben jahrzehntlang mitgeholfen, damit diese autoritären und diktatorischen Regimes im Amt bleiben konnten.

Gescheiterter Fundamentalismus

Die Tatsache, dass nicht Al-Kaida oder die Moslebruderschaft den Diktaturen ein Ende setzte, wird sich tief in das Bewusstsein eingraben. Im Jemen wünschten die islamistischen Führer die DemonstrantInnen ursprünglich "zur Hölle". Teile der Moslebruderschaft haben in Ägypten kurz vor der Flucht Mubaraks diesem noch Unterstützung zugesichert. Dass sie an den Erfolgen der Bewegungen

mitzunaschen versuchen, überrascht nicht. Diese Organisationen sind nicht homogen. Manche in ihnen werden von der positiven Dynamik der revolutionären Bewegung mitgerissen werden. Dies kann reaktionäres Gedankengut zurückdrängen. Der Fundamentalismus bleibt nichtsdestotrotz eine potentielle Gefahr für jede politische und soziale Errungenschaft.

ArbeiterInnenkomitees jetzt!

Der beste Schutz ist eine von kapitalistischen Kräften unabhängige sowie internationalistisch ausgerichtete Gewerkschafts- und ArbeiterInnen-Bewegung. Diese könnte in Verbindung mit einem System von demokratisch geleiteten Komitees in den Betrieben, Stadtvierteln und ebenso in den unteren Rängen der Armee ihren Einfluss ausbauen.

Die Stahlarbeiter von Helwan fordern am Tahrir-Platz in Kairo u.a.: "Formierung von Arbeiter-Komitees in allen Betrieben, um Produktion, Preise, Verteilung und Löhne zu überprüfen" und sind „für eine Vergesellschaftung aller Betriebe des öffentlichen Dienstes (einschließlich geschlossener und privatisierter) sowie deren Verwaltung durch die Beschäftigten“. Um dies durchzusetzen, wird ein Bruch mit

dem System aus Kapitalismus und (Halb-)Feudalismus notwendig sein. Die Revolution in Ägypten wird sich auch gegen die oberen Ränge des Militärs verteidigen müssen. Bedeutende Teile der Armeeführung haben unmittelbar Besitz und Einfluss in den führenden Bereichen der Wirtschaft. Sie werden ihre Privilegien bis aufs Blut verteidigen.

Unmittelbar muss die Verschleppung echter demokratischer Reformen verhindert werden. Die kapitalistischen Regierungen bzw. Organisationen wollen die Beibehaltung der Wirtschaftsordnung ergänzt um demokratische Versatzstücke. Dagegen kann nun in Ägypten der Ruf nach einer von den revolutionären Kräften getragenen verfassungsgebenden Versammlung zu einer der zentralen Forderungen werden. Wem traut man zu, die richtigen Schritte zu setzen? Die ArbeiterInnenklasse hat gerade nach diesem Jahreswechsel ein historisches Recht darauf! Und nicht Politiker wie El-Baradei oder Minister, die schon unter Mubarak die Hand aufhielten. Die Forderung nach einer Regierung der ArbeiterInnen, KleinbäuerInnen und Armen sowie die Idee einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens wird unter diesen Bedingungen greifbarer.

*Revolution muss weitergehen,
um soziale Frage zu lösen*

Die Theorie der permanenten Revolution

von Margarita Döller, SLP-Wien

und ihren Reichtum zu erhalten, ist sie auf autoritäre Regimes angewiesen. Deshalb versuchen bürgerliche Kräfte verschiedener Prägung nun die Revolution für beendet zu erklären. Sie, die Führungsriege der Armee und die nationale Bourgeoisie, wollen den „nationalen Frieden“ wiederherstellen und weitere Proteste verhindern. Sie tun das, weil die eigentlichen Gründe für die Revolution, die sozialen Nöte, unter kapitalistischen Bedingungen nicht beseitigt werden können. Solange der größte Teil der Profite das Land verlässt, gibt es für die nationale Bourgeoisie zu wenig Spielraum für Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse.

Für Ägypten und die gesamte Region bedeutet das, dass sich die ägyptischen Massen mit dem Versprechen für eine neue Verfassung und freie Wahlen in der Zukunft nicht zufrieden geben dürfen. Um wirkliche Demokratie sicherzustellen, müssen sie an den demokratischen Strukturen ansetzen, die sich in den letzten Wochen entwickelt haben. Demokratische Komitees in der Nachbarschaft zur Selbstverteidigung, in Fabriken und Betrieben, die sich zusammenschließen und gemeinsam eine ganz andere Gesellschaft und Wirtschaft aufzubauen.

Ein zentrales Element von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution ist die internationale Perspektive. Schon jetzt sind die Auswirkungen enorm und international. Eine erfolgreiche sozialistische Revolution hätte noch eine andere Qualität und wäre eine Gefahr für den Kapitalismus international. Sie würde von den Herrschenden international bekämpft werden, auch mit Gewalt. Damit ihnen das nicht gelingt, braucht es die aktive Solidarität der ArbeiterInnenklasse aus der ganzen Welt und einen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung auch in diesen Ländern. Eigentlich ist die ägyptische Revolution erst vollendet, wenn der Kapitalismus weltweit abgeschafft und durch einen demokratischen Sozialismus ersetzt ist.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 196

März 2011

Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!



Vieles ist faul im Staate Österreich. Egal, wo:

DER STAAT SCHLÄGT ZU!

von Tilman M. Ruster,
SLP-Jugend

Wegen Krise und Bankenrettungspaketen wird gekürzt. Egal ob Bildung, Pflege, Familienbeihilfe oder Mindestsicherung: Die Einsparungen sind enorm und treffen uns alle. Dennoch: Bis 2012 sollen 1.000 zusätzliche PolizistInnen in Wien eingestellt werden. In Linz, Wels, Graz und anderswo gibt es teure „Stadtwatchen“ und vor Firmen und Banken stehen private Sicherheitsdienste in Uniform. Vor welcher Gefahr sollen wir eigentlich geschützt werden? Was rechtfertigt diese erheblichen Ausgaben?

„Ausländische Verbrecherbanden“ und der „islamische Terrorismus“ – so die Antworten von Medien und Politik. Es wird ein Gefühl der Unsicherheit geschürt, um mehr und mehr Überwachungstechniken zu verwenden, Gesetze zu verschärfen, sowie Polizei und Militär aufzurüsten.

Krise und Repression

Worum es wirklich geht wird klar, wenn mensch sich anschaut, wen es trifft. Der „Tierrechtsprozess“ oder die Überwachung und Festnahme von

UniBrennt-AktivistInnen wurden in dieser Form erst möglich durch eine Gesetzesänderung nach den Anschlägen vom 11. September. Seit Jahren wird das Vorgehen der Polizei gegen AsylwerberInnen immer brutaler. Immer öfter kommt es zu Verbot oder gewaltsamer Auflösung von Demonstrationen. Festnahmen und Geldstrafen gegen politische AktivistInnen werden häufiger.

All das ist eine Warnung: „Der Staat ist stark und ihr kommt nicht gegen ihn an“. Die „Bedrohung“ gegen die sich dieser Apparat wendet, sind also wir alle. Auch wenn es in Österreich noch verhältnismäßig ruhig ist, reicht ein Blick in andere Länder, um der Regierung Angst zu machen. Griechenland und Frankreich sind nicht weit. In Wisconsin (USA) belagern zehntausende ArbeiterInnen das Parlament gegen die Anti-Gewerkschafts-

pläne. Die Revolutionen im arabischen Raum sind Ausdruck der Wut der Menschen über die Auswirkungen des Kapitalismus. Diese Wut könnte überschwappen – darauf bereitet sich die Regierung vor.

Repression macht Schule

Krisen, Unmut und Widerstand nehmen zu. Also brauchen die Herrschenden längerfristige Repressionsmechanismen. Dazu gehören auch die 2008 eingeführten „Verhaltensvereinbarungen“ an Schulen oder die Betragensnote. Statt einem besseren Miteinander geht es vor allem um eines: „Wer aus der Reihe tanzt, wird bestraft“. Ruhig zu bleiben und nur ja nicht aufzufallen wird uns früh eingetrichtert. Auch die Angriffe auf BezieherInnen der Mindestsicherung steht in diesem Zusammenhang. Zum einen ist

die Angst vor Arbeitslosigkeit ein gutes Druckmittel gegen rebellische ArbeitnehmerInnen, zum anderen ist der Entzug der Leistungen ein gutes Mittel um Arbeitslose ruhig zu stellen.

Militarisierung der Repression

In Österreich gibt es noch wenige Streiks, aber das kann sich rasch ändern. Wenn Regierung und Unternehmen mit dem Rücken zur Wand stehen versuchen sie alles um Streiks zu unterbinden. Als 2010 FluglotsInnen in Spanien streikten, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und zwang die Lotsen unter Androhung von Militärgerichtsverfahren zurück zur Arbeit. Auch in Deutschland kam es zum Einsatz von Bundeswehr-Spähpanzern bei den Protesten gegen die Castor-Transporte.

Gerade in Zeiten der Krise wird der Einsatz von Militär

gegen Streikende und DemonstrantInnen zur Norm. Vor diesem Hintergrund ist auch die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht zu sehen. Ägypten hat es deutlich gemacht: Wehrpflichtigen-Armeen sind im Einsatz gegen die eigene Bevölkerung unzuverlässig. Kasernierte Berufssoldaten sind eher isoliert von der Gesellschaft und so auch besser gegen sie einzusetzen, wenn es darauf ankommt. Zusätzlich kommt eine Umrüstung der Heere weg vom schweren Kriegsgüter und hin zu leichteren Fußtruppen die besser gegen Aufstände im Land verwendet werden können.

Verbünden statt einschüchtern lassen

Repression richtet sich am stärksten gegen Linke, MigrantInnen und Jugendliche. Noch bleiben sie oft unbemerkt, bis mensch selber betroffen ist. Die Medien veröffentlichen meist die völlig verzerrte Polizeisicht, berichten wenig über Polizeiübergriffe. In Deutschland ist es die Linkspartei, die regelmäßig Polizeieinsätze und Gesetzesverschärfungen hinterfragt und dagegen protestiert. Das Fehlen einer solchen Partei macht es schwierig, be-

troffene Gruppen zu verbinden und gemeinsamen Widerstand zu organisieren. Auch der ÖGB schweigt zum Abbau demokratischer Grundrechte, obwohl die eigene Mitgliedschaft massiv betroffen ist. Doch eine breite Mobilisierung gegen den Sozialabbau und gegen die Polizeirepression, getragen u.a. von Gewerkschaften und ÖH machen es der Polizei schwer sie zu kriminalisieren.

Klar ist aber: Die Repression dient vor allem der Erhaltung des Kapitalismus. Der Kampf gegen sie darf sich also nicht in Protesten gegen Polizeiwillkür und ähnlichem erschöpfen. Er muss immer auch das herrschende System als Ganzes angreifen und eine sozialistische Alternative aufzeigen.

Neu!

basiswissen marxismus
marxismus und staat

32 Seiten, DIN A5, Bestellen auf www.slp.at

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stentlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungszustand und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at